

Haushaltsrede 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen sowie alle
intergeschlechtliche Mitmenschen,
geschätzte Medienvertreter und Kollegen und
Kolleginnen des Rates und Mitarbeiter der Verwaltung.

Liebe Kinder und Jugendliche (wenn anwesend).

Keine Angst, dies wird keine Märchenstunde, leider!
Der Drittedner hat immer Glück. Erstens hören viele nicht
mehr genau hin was gesagt wird und zweitens, was viel
wichtiger ist, ist die Tatsache dass alle Zahlen schon
genannt wurden.

Die brauchen dann nicht wiederholt werden.

Aber ich denke, nach der nächsten Kommunalwahl werden
wir als zweitstärkste Partei dann auch die Zahlen nennen
müssen. Detlef Wessling wird mir da wohl nach
Auswertung der letzten Politumfragen zustimmen.

Natürlich haben die Vorredner die Erfolge ihrer Bundes-
und Landesparteien deutlich hervorgehoben. Das ist halt so
bei Haushaltsreden.

Aber die Realität sieht leider anders aus. Nie gab es eine
schlechtere Bundesregierung als die heutige. Die Liste der
Defizite ist lang. Eine Komplettauflistung würde hier viele
ermüden, deshalb beschränke ich mich auf einige
wesentliche Dinge der schwarz-roten Chaos-Fraktion im
Bund.

Die Flüchtlingskrise:

Tausende Menschen müssen ihr Land wegen Kriege und der daraus entstehenden Not oder wegen der fatalen Folgen des Klimawandels verlassen. Die Bundesregierung beantwortete dies mit dem Export von Rüstungsgütern auch in Kriegsgebiete.

Obwohl Saudi-Arabien sich am Jemenkrieg beteiligt, hat die Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von hunderte Millionen Euro an das Königreich genehmigt.

Übrigens wurden an die anderen Länder der von der Saudi-Arabien geführten Kriegsallianz im vergangenen halben Jahr Rüstungsgüter für 21,8 Millionen Euro geliefert.

Die Frage ob Kriegsblut an den Händen dieser Regierung klebt möge sich jeder selbst beantworten. Aus meiner Sicht besteht hier ein moralischer Bankrott, auch wenn die Exporte nach Saudi -Arabien gerade eingestellt wurden.

Die Erlöse aus den Rüstungsgütern wären besser in den Aufbau von Entwicklungsländern geflossen, um die schlechten Lebensbedingungen dort zu verbessern. Dafür sollte sich der Außenminister einsetzen, aber stattdessen will er den Kontakt zur Türkei verbessern. Ein Staat, wo Menschenrechte mit Füßen getreten werden und der selber Krieg führt. Das passt zum Eindruck den diese Koalition vermittelt. Waffenexporte bedeuten immer Hunger, Krieg, Zerstörung, Tod und zuletzt Flucht. Wann versteht diese Regierung das endlich?

Das bekämpfen der Fluchtursachen wäre wichtiger als das gegenseitige Zerhacken von CDU/CSU und SPD in Sachen

möglichst Flüchtlinge gar nicht erst ins Land zu lassen. Seit Jahresanfang 2018 starben ca. 2200 Menschen im Mittelmeer. Dunkelziffern und Verschleppungen sowie Tötungen durch Schleuserbanden gar nicht mitberechnet.

Waffenexporteure tragen auch hier die Mitverantwortung. Deshalb hat Deutschland auch die moralische Verpflichtung diese Menschen im Mittelmeer zu retten. Die Diskussionen um eine Einstellung der Rettungsmissionen einiger europäischer Länder oder die Schließung europäischer Häfen ist nicht nachvollziehbar.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern muss Kernaufgabe werden. Die Abschottung von Deutschland und Europa ist keine Alternative. Nach jahrhunderter langer Ausbeutung müssen wir den Menschen aus den Fluchtländern auch mal wieder etwas zurückgeben.

Das Verschieben der Klimaziele in Deutschland zielt in die gleiche Richtung. Wer keine Nahrung mehr findet, der geht dort hin, wo Nahrung ist. Jedes Zehntel Grad Erderwärmung lässt tausende von Menschen fliehen. Das scheint die Bundesregierung nicht verstanden zu haben. Der IPCC-Bericht, der immerhin Grundlage für die Klimakonferenz in Polen war, macht es deutlich.

Eine Begrenzung des Temperaturanstieges auf 1,5 Grad könnte die Zahl der Menschen die klimabedingten Risiken ausgesetzt sind und von Hunger und Armut bedroht sind bis zum Jahr 2050 um mehrere Hundert Millionen verringern. Stattdessen droht die Zerstörung von Ernten, die Riffe

sterben ab, das Artensterben ist nicht mehr aufzuhalten und der steigende Meeresspiegel vertreibt noch mehr Menschen aus der Heimat.

Dabei sehen wir doch schon die Auswirkungen im eigenen Land.

Waldsterben durch Trockenheit, Ausbreitung des Borkenkäfers (4 Generationen Borkenkäfer gab es noch nie),

Insektensterben, Artenrückgang, Vogelsterben, Ernteaufschläge und leere Talsperren, sowie Einschränkungen des Warenverkehrs auf unseren Flüssen.

Gerade wurde die Fangquote für Heringe um die Hälfte gekürzt.

Nicht die Überfischung war der Grund, sondern die Tatsache, dass sich dieser Fisch durch die Gewässererwärmung nicht mehr so gut fortpflanzen kann. Für das Wohl seiner Bürger zu kämpfen sieht wahrlich anders aus.

Hartnäckig bleibt diese Regierung auch der Volksvergiftung treu.

Eine Senkung der Nitratwerte ist nicht wirklich erkennbar und der Glyphosatabsatz ist 2017 weiter gestiegen um 4694 Tonnen (Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit).

Da wird Herr Roscher, unser lieber Fraktionsvorsitzende der SPD in Rheine, der ja wirklich meint dass Glyphosat durch den Urin ausgeschieden wird, eine Menge auszuscheiden haben. Lieber Jürgen, sorry aber viel Erfolg für deine Blase. Ich hoffe, dass du das gefährliche Pestizid Fipronil (bekannt aus den Eierskandalen) direkt mit ausscheidest. Diese und ähnliche Stoffe wurden bei einer

Studie inzwischen auch bei jedem 2. festgestellt.

Inzwischen setzen Tierärzte auch Reserveantibiotika in Mastbetrieben ein. Das wird die Sterberate in Deutschland ganz klar erhöhen, aber anstatt dies gesetzlich zu verbieten, taucht die Bundesregierung erst einmal ganz tief ab.

Anstatt dass die Bundeswirtschaftsministerin Julia Klöckner sich erst einmal um diese vielen gravierenden Probleme kümmert, versucht sie erst einmal durchzusetzen, dass man in NRW wieder Wölfe schießen darf. Nun ja, kein Problem für Rheine. Wölfe haben schließlich keine Schlüssel für unsere viel zu vielen Mastställe der Massentierhaltung.

Die anderen Probleme versuchen wir wenigstens durch Extensivierungsmaßnahmen in Rheine ein wenig abzufedern. Da sind unsere Stadtwerke Vordenker. Danke dafür. Aber durch die Genehmigungspraxis von Großställen durch Land und Kreis kämpfen wir wohl gegen Windmühlen. Ein Verursacherprinzip gibt es nicht. Der Bürger wird für die Wasseraufbereitung und Abwasserentsorgung immer tiefer in die Tasche greifen müssen.

Ich fordere alle Parteien in Rheine auf endlich nicht mehr weg zu schauen sondern endlich für den Bürger zu kämpfen. Wenn man den Bürger für die Zukunft finanziell entlasten will, dann verhindert man ein Anstieg der Wasser- und Abwassergebühr.

Diese Entlastung wäre wesentlich höher als eine Senkung der Grundsteuern.

Weitere Probleme scheint "Rot-Schwarz" wohl auch nicht in den Griff zu bekommen. Die Versorgung in Pflegeheimen hat sich verschlechtert. So konnte man im Januar 2018 in der Presse lesen, dass jede vierte Person die Wundversorgungen benötigt, diese 2016 nicht ausreichend oder hygienisch unzureichend erhalten hat.

Ein Jahr vorher war es jeder fünfte.

Bei dieser Regierung muss man Angst haben alt zu werden. Übrigens, fast jede zweite Rente lag unter 800 Euro im Monat, das sind 8,6 Millionen Rentner. (Diese Zahlen stammen aber aus 2016).

Der Kohleausstieg und der Netzausbau gehen nicht wirklich voran, obwohl dies schon längst Chefsache ist. Dabei versteht es diese schwarz-rote Regierung die Menschen zu blenden. Batterien, hergestellt mit Kohlestrom sind der reinste Irrsinn. Bei der Herstellung einer Batterie mit Kohlestrom entstehen 5 Tonnen CO₂. Werden sie dann noch mit Kohlestrom aufgeladen, dann ist dies reiner Klimawahnsinn. Umweltschutz und Verhinderung der Klimaerwärmung sehen wahrlich anders aus.

Die Menschen wollen den Ausstieg aus der Braunkohle.

Die Dieseldieselkriese:

Die deutschen Verbraucher sind eindeutig von einigen Teilen der Autoindustrie belogen und betrogen worden. Anders als z.B. in Amerika wurden diese Betrugsfirmen aber nicht durch Gesetze zur Wiedergutmachung verpflichtet. Die Betrogenen kämpfen immer noch

mühevoll um Wiedergutmachung. Und unsere Regierung hangelt sich von einem Krisengespräch mit den Autokonzernen zum anderen. Der jetzt bestehende Kompromiss ist nicht wirklich einer.

Profitiert hat nur der Hersteller des Nasenringes, mit dem sich die Bundesregierung durch die Arena ziehen lässt. Bürgerfreundlichkeit und Verbraucherrechte sehen wahrlich anders aus.

Ja, harter Tobak. Über das Versagen beim Mindestlohn, die Alters- und Kinderarmut, den Wohnungsmangel, den noch immer nicht abgeschafften Solidaritätszuschlag und die kalte Progression, das Versagen beim Tierwohl mit schmerzhafter Kastration von Schweinen und das massenhafte Kükensterben rede ich schon gar nicht mehr. Aber was soll man von einer Bundesregierung erwarten, bei der Beamte die durch Fehlverhalten auffallen, erst einmal befördert werden sollten? Seehofer lässt grüßen.

Die Aufzählungen könnten fortgeführt werden, aber schauen wir einmal auf unsere Landesregierung. Man kann wirklich sagen, wir leben in guten Zeiten, zumindest was die Einnahmen des Landes NRW betrifft. Im Haushaltsentwurf 2019 geht es um einen Etat von ca. 77 Milliarden Euro. Und obwohl ca. 1,8 Milliarden mehr zur Verfügung stehen, will der Finanzminister Lutz Lienenkämper nur 30 Millionen Euro an Schulden tilgen. Generationengerechtigkeit sieht wirklich anders aus. Die Mehrausgaben für mehr Lehrer und Polizisten gehen in die richtige Richtung. Aber jeder weiß, dass eigentlich viel zu wenig Lehrer und Polizisten eingestellt werden.

Das scheint dieser Landesregierung nicht wichtig genug zu sein.

Anders scheint es in der Ministerialbürokratie auszusehen. Seit Antritt dieser Regierung sind alleine dort 452 neue Stellen geschaffen worden.

Wenn man hier nicht von Selbstbedienungsmentalität sprechen kann, dann weiß ich nicht.

Hier wird Geld verplempert, welches den Kommunen im Lande fehlt.

Dass wir kurz vor dem Klimakollaps stehen ist bei unserer Landesregierung noch nicht angekommen. Hier hätten wir deutlich mehr Initiative erwartet.

Und zum Schluss wird uns dann auch noch ein dickes Ei ins Nest gelegt. War es letztes Jahr die

Krankenhausinvestitionsumlage die uns richtig Geld gekostet hat, erhalten wir in diesem Jahr fast sieben Millionen Euro an Schlüsselzuweisungen weniger.

Das war ein starker Schlag ins Kontor. Diese

Landesregierung bestraft uns, weil wir umsichtig gehandelt haben und die Weichen für eine gute Steuerkraft im

Verhältnis zu anderen Städten geschaffen haben. Dann ist

da noch die Sache mit unserem Kloster. Eine fette

Steuernachzahlung könnte fällig werden. Die

Finanzverwaltung lacht, unsere Stadt weint und der

Finanzminister des Landes schreitet nicht ein. Schnelles

Geld für ihn. Aber Hilfe und Unterstützung für Kommunen verstehen wir eigentlich anders.

Aber wir in Rheine machen dem Land und dem Bund vor, dass es auch anders geht.

In Rheine besteht eine Kooperation aus CDU und Bündnis 90, Die Grünen.

Noch nie vorher wurde in Rheine soviel bewegt, wie während unserer Kooperation. Diese Kooperation trägt die Früchte einer vernünftigen, ausgewogener Politik und dem Willen beider Fraktionen für unsere Stadt das Beste zu erreichen. Dabei versuchen wir immer in einem guten Miteinander die anderen Fraktionen zu begeistern und mitzunehmen. Es hat sich auch herausgestellt, dass Bürgermeister Lüttmann, den CDU und Grüne im Wahlkampf unterstützt haben, der richtige Mann für Rheine ist.

Natürlich ärgert das auch schon einmal einen gewissen Hinterbänkler der FDP in Düsseldorf. Seine Einlassungen sorgen aber immer wieder für Humor bei uns, auch wenn nicht gerade Karneval ist. Sein Wahlspruch scheint zu sein: "Keiner fragt was, Brockmeier antwortet".

Nun ja, mein Mitleid hat er.

Die FDP sollte sich im Bund lieber für einen höheren Mindestlohn einsetzen. Das würde die Kaufkraft erhöhen. Den Mindestlohn blockieren, aber in Rheine das Werkzeug des Populismus herausholen, das könnte als unterste Schublade gewertet werden.

Ja, hier bewegen wir einiges:

Das alte Hertiegebäude wird bald vergessen sein. Die Arbeiten am Marktplatz schreiten voran und er wird Rheine aufwerten, wobei wir uns dort mehr Bäume gewünscht hätten, in der Aue schaffen wir neuen Wohnraum und die Weichen für das Schaffen von Wohnraum in der Damloup Kaserne und in Rodde sind gestellt. Wir investieren in neue

Kindergärten und Schulen, fördern den Sport, haben mit der Aufstockung der Pensionsrückstellungen schon ein großes Stück in Richtung Generationengerechtigkeit zurück gelegt, stärken den geförderten Wohnungsbau, arbeiten an der Medienentwicklung bauen ein neues Kombibad, investieren im Industriegebiet Holsterfeld, in ein Begegnungszentrum Dorenkamp, in das Kettelerufer, in die Fahrradinfrastruktur, in das Rathaus um nur einiges zu nennen.

Wir können hier mit Stolz sagen, dass die Kooperation von CDU und Grünen der Stadt gut getan hat.

An dieser Stelle ein fettes Dankeschön an unseren Kooperationspartner CDU und Andree Hachmann.

Noch besser würde es uns gehen, wenn wir nicht so viele Transferleistungen aufbringen müssten. So ist es, wenn man ganz unten in der Hierarchie steht. Unser Kreis scheint nicht müde zu werden immer neue Wege zu finden, uns das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Jedem ist bekannt, dass wir die Kreisausgaben (nach Abzug anderer Einnahmen und Subventionen) mit ca. 20 % mitfinanzieren. Zwar ist die Kreisumlage das fünfte Mal in Folge gesunken (jetzt von 29,6 auf 28,1%). Aber was nützt uns das, wenn die Nettozahlleistung steigt? Ich bin sicher, es hätte uns noch schlimmer getroffen, wenn die Bürgermeister unserer kreisangehörigen Städte und unsere Kämmerer nicht interveniert hätten.

Vielen Dank Peter, vielen Dank Mathias.

Wir Grüne sagen ganz klar, dass der Kreis genug Potential zum Sparen hat.

Ein Flughafen hat nichts mit kommunaler Daseinsvorsorge zu tun.

Das hat der Stadt Rheine bis heute Millionen gekostet. Der FMO kostet dem Kreis dieses Jahr wieder 5 Millionen Euro. Flughäfen können von der freien Wirtschaft betrieben werden. Ein Verkauf würde Millionen in die Kreiskasse spülen und die angehörigen Städte sofort und für die Zukunft entlasten. Stattdessen erwartet uns beim Flughafen wohl neues Ungemach durch die Turbulenzen eines seiner größten Kunden. Was uns das wohl wieder kostet?

Die geplanten Umgehungsstraßen in Emsdetten, Burgsteinfurt und Ibbenbüren Laggenbeck sind nicht bedarfsgerecht und erzeugen enorme Kosten, Umweltzerstörung und Flächenfraß.

Auch der geplante Westflügel des Kreishauses ist nicht gerade ein Geschenk für Rheine. Die anfänglich geplanten 15 bis 20 Millionen Euro sollen ja angeblich schon auf 37 Millionen angewachsen sein. Und natürlich hat unser Landrat mal wieder den Stellenplan erhöht.

Das alles führt dazu, dass unsere Steuereinnahmen bei 100 Millionen Euro Transferaufwendungen zum bloßen Durchlaufposten werden.

Das hätten wir uns anders gewünscht.

Auch wir stellen neues Personal ein. Darüber wurde lange beraten und wir stehen zu diesen Neueinstellungen. Ganz besonders im Bereich der Feuerwehr war dies eine besondere Notwendigkeit. Unsere Feuerwehrleute tragen eine Überstundenlast von ca. 21.000 Stunden vor sich her. Das sind über 300.000 Euro, die man in unserer Bilanz

wiederfindet (4.000 Std. durch Kreis refinanziert). Wir erwarten aber jetzt von der Verwaltung dass ein erheblicher Teil dieser Überstunden abgebaut werden und somit eine Verbesserung im Bilanzwert feststellbar wird.

Desweiterem erwarten wir, von der Verwaltung ein Personalentwicklungskonzept und detailliertere Stellenpläne. Der gemeinsame Antrag von CDU und Grüne liegt vor. Wir erwarten auch, dass eine Roadmap aufstellt wird, aus der ersichtlich wird, wie es durch die Digitalisierung sowie Anschaffung von Soft- und Hardware in Zukunft zu Personaleinsparungen kommen wird. Dies wird schon durch den drohenden Fachkräftemangel nötig und soll auf jeden Fall sozial und unter Einbeziehung des Personalrates umgesetzt werden. Aber da sind wir sicher, dass dies der Bürgermeister sowieso im Auge hat.

Aber schon einmal an dieser Stelle: Bündnis 90, Die Grünen stimmen den Stellenplan 2019 zu.

An dieser Stelle auch ein Dankeschön an Jürgen Grimberg. Er hat (natürlich auch der BM und Kämmerer haben) es geschafft, dass sich die Wünsche der Politik und die Bedürfnisse der Verwaltung annähern konnten. Es gibt aber in Zukunft noch viel für ihn zu tun.

Wir freuen uns auch, mit Frau Milena Schauer eine Dezernentin gefunden zu haben, welche die Zeichen der Zeit erkannt hat. In ihrem letzten Zeitungsinterview hat sie gesagt, dass die Klimaveränderung auch eine Herausforderung für die Stadt Rheine ist und dass wir mehr Bäume und mehr Beschattung für unsere Straßen benötigen.

Uns ist die Fällung von prägenden Bäumen im Stadtgebiet im Jahr 2018 ein Ärgernis gewesen. Wir brauchen dringend eine Verbesserung unserer Baumschutzsatzung. Diese fordern wir für 2019. Es ist ein Unding, dass Bäume für Parkraum oder Grundstückszufahrten weichen müssen.

Wir Grüne stellen heute den Antrag im Jahr 2019 pro Einwohner einen Euro mehr für die Anpflanzung von zusätzlichen Bäumen im Stadtgebiet bereit zu stellen. Die Finanzierung soll möglichst aus den Überschüssen der TBR erfolgen (Antrag ist eingereicht).

Auch freiwillige Baumspenden sollen weiterhin möglich sein. Die Werbung und ganz besonders der Internetauftritt dafür müsste dringend verbessert werden.

An dieser Stelle eine kleine Anregung.

So manch ein Handwerksbetrieb hat 2018 viel Geld durch die Stadt Rheine verdient. Auch Betriebe sind bei den Baumspenden nicht ausgeschlossen. Eine Stadt mit hohem Wohnkomfort und gutem Klima zieht Menschen an und sorgt so für neue Aufträge für das Handwerk. Wir würden uns über ein freiwilliges Engagement der Handwerksbetriebe sehr freuen.

Ich möchte hier an dieser Stelle symbolisch je ein Euro pro grünes Ratsmitglied als Anfangsfinanzierung an den Kämmerer übergeben.

Ansonsten bedanke ich mich bei meinen Ratskollegen und Ratskolleginnen sowie bei dem Bürgermeister, den Dezernenten und den Verwaltungsmitarbeitern für die gute Zusammenarbeit.

Aus meiner Sicht haben alle Fraktionen trotz einiger kleiner Meinungsverschiedenheiten einen guten Job gemacht. Das Miteinander war gut. Davon könnten sich unsere Bundesparteien eine riesige Scheibe abschneiden.

Auch die Presse möchte ich an dieser Stelle loben. Ihre Arbeit habe ich 2018 als sehr professionell und demokratiefreundlich erlebt. Das ist auf unserer Welt leider nicht mehr selbstverständlich.

Bleibt nur noch zu sagen:

Bündnis 90, Die Grünen stimmen den Haushalt 2019 der Stadt Rheine zu.

Vielen Dank!